



Thomas Krüger
Präsident

Aktenzeichen
PRÄS 3000/01

Ansprechperson
Thomas Krüger

Kontakt
vorzimmerpraesident@bpb.de

Datum
Berlin, 23.01.2025

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Errichtung der Stiftung Gedenken und Dokumentation NSU-Komplex (NSU-Komplex-Stiftungsgesetz – NSU-KomplexStiftG) (BT-Drucksache 20/14024)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Errichtung eines Dokumentationszentrums wurde seit Jahren von Angehörigen der NSU-Mordopfer und Betroffenen des NSU-Terrors sowie zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren gefordert. Die Verabschiedung eines Gesetzes „zur Errichtung der Stiftung Gedenken und Dokumentation NSU-Komplex“ kann den Schmerz der Opfer und Betroffenen und das von Ihnen erfahrene Unrecht und Versagen nicht wieder gut machen. Sie ist jedoch unerlässlich, damit die Verbrechen rechtsterroristischer Netzwerke wie dem „NSU“ und das Versagen der Sicherheitsbehörden und der Gesamtgesellschaft nicht in Vergessenheit geraten. Die Realisierung eines Dokumentationszentrums zum NSU-Komplex wäre ein deutliches Zeichen, dass die gesamte Gesellschaft zu ihrer **Verantwortung** steht und dafür Sorge trägt, dass über die Gefahren des Rechtsterrorismus aufgeklärt wird.

Ein Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex hat die **Aufgabe**, als Erinnerungsort das **würdige Gedenken** an die zehn Mordopfer des NSU und ihre Angehörigen sowie an die Opfer und Überlebenden der Sprengstoffanschläge und alle anderen Opfer rechtsterroristischer Gewalt zu bewahren. Weiterhin muss es mit den Mitteln der historisch-politischen Bildungsarbeit die **selbstkritische gesellschaftliche Auseinandersetzung** mit der Geschichte des NSU-Komplexes und der Geschichte des Rechtsterrorismus seit 1945 fördern.

Der NSU-Komplex steht exemplarisch dafür, dass die **größte Gefahr** für die Demokratie und das Zusammenleben in einer pluralen Gesellschaft nach wie vor vom Rechtsextremismus ausgeht. Sowohl die lange Vorgeschichte des Rechtsterrorismus als auch dessen Kontinuitäten, wie sie etwa in Halle und Hanau sowie mit der Ermordung von Walter Lübcke deutlich wurden, unterstreichen den Handlungsbedarf, mit dem Dokumentationszentrum einen Ort zu schaffen, der über die anhaltende Gefährdung unserer pluralen Demokratie auch jenseits des NSU durch rechtsextreme Ideologien und rechtsterroristische Strukturen mit Mitteln der historisch-politischen Bildung aufklärt. Trotz der Kontinuitäten rechten Terrors gibt es bisher **keine angemessene gesamtgesellschaftliche Aufarbeitungs- und Erinnerungspraxis**. Das Dokumentationszentrum kann diese Lücke in der bisherigen Gedenkstättenlandschaft schließen.

**Bundeszentrale für
politische Bildung**

Postfach 1369 • 53003 Bonn
Bundeskanzlerplatz 2 • 53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99 515 - 0
Fax +49 (0)228 99 515 - 113

info@bpb.de • www.bpb.de



Thomas Krüger
Präsident

Die historisch-politische Bildung im zu errichtenden Dokumentationszentrum muss Zivilcourage, Multiperspektivität und Begegnung vermitteln, fördern und stärken. Das Dokumentationszentrum muss ein Lernort für verschiedene Zielgruppen wie etwa junge Menschen, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der historisch-politischen Bildungsarbeit, Journalistinnen und Journalisten sowie für Mitarbeitende staatlicher (Sicherheits-)Behörden werden und diese zielgruppengerecht adressieren.

Der Umgang der Sicherheitsbehörden und der Justiz mit den Überlebenden und Angehörigen in der Aufarbeitung des NSU-Komplexes sowie im Kontext weiterer rechtsterroristischer Anschläge haben das Vertrauen in Sicherheitsbehörden und Justiz erschüttert und damit auch die **Legitimität staatlichen Handelns infrage** gestellt. Um das beschädigte Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherzustellen, sollte das Dokumentationszentrum einen Beitrag dazu leisten, das umfassende Versagen des Staates und seiner Sicherheitsbehörden weiter aufzuarbeiten. Dazu gehört es auch – wie im Gesetzentwurf dargestellt –, die juristische, parlamentarische, zivilgesellschaftliche, journalistische und wissenschaftliche Aufklärungsarbeit zu **archivieren** und zu **sammeln, aufzuarbeiten** und für weitere Verwendungszwecke wie **Forschung** und **Vermittlung** im Dokumentationszentrum **aufzubereiten**. Insbesondere die **Dauerausstellung** bildet hierzu einen wichtigen Beitrag.

Die Arbeit im Dokumentationszentrum zum NSU-Komplex verfolgt demnach **drei primäre Ziele**:

- Das Dokumentationszentrum als Ort der kritischen Aufarbeitung des NSU-Komplexes, welcher das umfassende Versagen des Staates, seiner Sicherheitsbehörden und der gesellschaftlichen Kontrollmechanismen thematisiert.
- Das Dokumentationszentrum als Ort der historisch-politischen Bildung für die gesamte Gesellschaft, welcher mit der thematischen Einbettung des NSU-Komplexes in die Geschichte des Rechtsterrorismus nach 1945 bis heute eine Lücke in der bisherigen (selbst-)kritischen Gedenkstättenlandschaft füllen wird.
- Das Dokumentationszentrum als Ort des würdigen Gedenkens, der an die Mordopfer des NSU erinnert und sich solidarisch den Überlebenden, Angehörigen und Betroffenen zuwendet.

Wie bereits in der Machbarkeitsstudie dargestellt, hält die BpB die Forderung von Angehörigen von NSU-Mordopfern und weiteren Betroffenen des NSU-Terrors nach einer angemessenen Beteiligung in den entscheidungsrelevanten Gremien der Stiftung für sehr wichtig. Die im Gesetzentwurf geplante Einrichtung eines **Betroffenenbeirates** wird seitens der BpB sehr begrüßt.

**Bundeszentrale für
politische Bildung**

Postfach 1369 • 53003 Bonn
Bundeskanzlerplatz 2 • 53113 Bonn

Tel +49 (0) 228 99 515 - 0
Fax +49 (0) 228 99 515 - 113

info@bpb.de • www.bpb.de



Thomas Krüger
Präsident

Die BpB konnte die Machbarkeitsstudie „Errichtung eines Erinnerungsortes sowie eines Dokumentationszentrums für die Opfer des NSU“ nur gemeinsam mit Angehörigen von NSU-Mordopfern und Betroffenen des NSU-Terrors erarbeiten, die sich trotz der vielfach erlebten Enttäuschungen und des damit einhergehenden Vertrauensverlustes in den Staat intensiv eingebracht haben.

Mit freundlichen Grüßen

**Bundeszentrale für
politische Bildung**

Postfach 1369 • 53003 Bonn
Bundeskanzlerplatz 2 • 53113 Bonn

Tel +49 (0) 228 99 515 - 0
Fax +49 (0) 228 99 515 - 113

info@bpb.de • www.bpb.de